

# Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 16 — 1. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, den 8. Juli 1933

Chefredakteur: M. Braun

Deutschland ist Hamlet! Ernst und stumm,  
In seinen Toren jede Nacht  
Geht die begrabene Freiheit um  
Und winkt den Männern auf der Wacht.  
Freiligrath.

## 13 neue Minister — 60000 Mk. Einkommen

### Die Verschleuderung von Reichsmitteln für Nazibonzen

Zu den vielen hohen Minister- und Präsidentenposten, die wir in Deutschland haben, sind vor kurzem im Zeichen der Sparsamkeit und des Massenelends 13 neue hinzugekommen: die Reichsstatthalter. Ganz überflüssige Verordnungsstellen für Freunde des Reichskanzlers Adolf Hitler! Neben den Reichsstatthaltern bleiben die bisherigen Ministerpräsidenten und Minister der Länder. Von Einheitsstaat kann also keine Rede sein. Es sind nur Auspuffer der nationalsozialistischen Partei über die Länderregierungen gelegt worden.

Die zu „Reichsstatthaltern“ beförderten nationalsozialistischen Ganleiter erhalten sämtlich Reichsministergehälter. Zunächst war gemeldet worden, sie amtierten nur ehrenamtlich. Jetzt beziehen diese 13 Herren jeder neben

ihren Abgeordnetenlöhnen und ihrem Ganleitergehalt 1. das Gehalt eines Reichsministers, 2. die Ortszulagen hiezu, 3. evtl. Rinderzulagen, 4. Wohnungsgeld, 5. außerdem eine Dienstanwandsentschädigung, die auf 25000 Reichsmark festgesetzt werden soll. Die Gesamtbezüge aus der Reichskasse werden demnach über 60000 Reichsmark brutto pro Kopf betragen. Parole: „Nichts für uns, alles für das Volk!“

Es ist dieselbe Geschichte wie mit dem „Gehaltsverzicht“ des Reichskanzlers. Die guten Nazis freuen sich über seinen Idealismus. Sie wissen aber nicht, daß im Reichshandhalt neben dem „Gehalt“ noch an die 200000 Mark Aufwandsentschädigung und Dispositions-

fonds für den Reichskanzler stehen, ein Zehntel, das für einen Junggesellen wie Hitler auch noch genügen dürfte. Daneben hat Hitler, wie er sich selber rühmt, hohe Einkünfte aus seinem Zeitungs- und Büchergeschäft. Kein Reichskanzler der Republik hatte ein so hohes Einkommen wie der Nazikanzler. Der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann Müller ist ohne Vermögen gestorben. Das selbe gilt für den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert.

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ ist die nationalsozialistische Parole. Wie sie durchgeführt wird, zeigt das 60000-Mark-Brutto-Einkommen der nationalsozialistischen Reichsstatthalter.

### Frankreich wird aktiv

## Mißglücktes Luftmanöver

### Drohende Sprache des „Temps“ gegen deutsche Luftpolizei

Deutschland bekommt keine Luftpolizei

Paris, 7. Juli

Der offiziöse „Temps“ beschäftigt sich in seinem heutigen Leitartikel ausführlich mit der akut gewordenen Frage der deutschen Luftpolizei. Er erinnert daran, daß Herr Göring am Tage nach dem angeblichen Flugzeug-Überfall auf Berlin „öffentlich die Schaffung einer ausstehenden deutschen Luftpolizei gefordert habe. Der „Temps“ erklärt hierzu wörtlich:

„Die deutsche Regierung täuscht sich, wenn sie glaubt, mit der harmlosen Bezeichnung Luftpolizei irgendwelche betrügerische Geschäfte betreiben zu können; denn in Wahrheit ist jede Luftpolizei gleichbedeutend mit Militärflieger. Schon deshalb hat das deutsche Argument, der Berliner Vertrag würde angeblich über die Frage der Luftpolizei schweigen, keine Berechtigung. Aber wir wollen die Berliner Regierung daran erinnern, daß es noch so etwas gibt, wie das internationale Luftfahrtabkommen vom Jahre 1926; dieses Abkommen hat die deutsche Regierung seierlich unterschrieben am Tage nach dem Abbruch des Vertrages von Locarno. Und durch dieses Abkommen verpflichtete sich Deutschland, jede militärische Fliegererei, sogar jede theoretische Ausbildung,

die als Vorstufe hierzu gelten könnte, zu unterlassen. Aber nicht nur das: Im Anhang 2 zum internationalen Luftfahrtabkommen erklärt Deutschland zu allem Überflus, daß das Verbot der „bewaffneten Fliegererei“ sich auch für die Polizei und für Polizeizwecke erstrecken soll! Ausdrücklich wird an einer anderen Stelle noch einmal wiederholt, daß für Deutschland jede Art der Flugpolizei verboten ist.

Der „Temps“ stellt hierzu fest, daß schon der Versuch einer Schaffung der Luftpolizei durch Herrn Göring eine gewollte Verletzung der Friedensverträge und der internationalen Abkommen darstelle, und betont, daß die angrenzenden Staaten bestimmt nicht passiv bleiben würden, wenn Deutschland es wagen sollte, von der Propaganda zur Tat zu schreiten. Abschließend verweist der „Temps“ auf die vorgestrichene Debatte im englischen Unterhaus und glaubt, daß auch die britische Regierung keineswegs bereit sein wird, sich irgendwelchen vollenendeten Tatsachen zu beugen. Der geheimnisvolle Flug über Berlin hat sich aber gegen Deutschland ausgewirkt. Hitlers ganze Außenpolitik ist eine einzige Niederlage Deutschlands.

### Severings Schicksal

Weder mißhandelt, noch geisteskrank

Nach einer Meldung aus Wien, die in der kommunistischen Presse verbreitet wird, soll Severing am 19. Mai auf der Fahrt zur Reichstagsöffnung zwischen Bielefeld und Berlin von SA-Leuten aus dem Zuge geholt und mißhandelt worden sein. Er habe einen totalen Nervenzusammenbruch erlitten und sei in eine Irrenanstalt gebracht worden. Diese Angaben sind falsch. Severing ist nicht von der SA mißhandelt worden. Er wurde auch nicht in eine Irrenanstalt gebracht. Richtig ist, daß er auf der Reise nach Berlin, die er in sehr geschwächter Gesundheit antrat, eine Nervenzirkulation hatte und sich infolgedessen für kurze Zeit ins Krankenhaus begab. Severing wohnt jetzt wieder in Bielefeld.

### Rückgrat gebrochen!

Nun dürfen sie weiter „leben“

Bei der Saarbrücker Zentrale des katholischen Jungmännerverbandes ist folgendes Telegramm des Generalpräses Wolff eingelaufen:

„Verfügung Staatspolizei aufgehoben. Weiterarbeit in Verband und Vereinen in alter Form.“

Von der Geheimen Staatspolizei des preussischen Innenministeriums ging der Reichsleitung des katholischen Jungmännerverbandes Deutschlands und der Deutschen Jugendkraft in Düsseldorf die amtliche Mitteilung zu, daß die unter dem 1. Juli ergangene Verfügung über Schließung der Geschäftsstelle und Sicherstellung der Akten und des Vermögens der Verbände und der Vereine aufgehoben worden ist.

Das Jugendhaus in Düsseldorf hat seine Diensträume wieder geöffnet. Die vortzweilig vollzogenen Maßnahmen in Stadt und Land sind damit im ganzen Gebiet des Staates Preußen aufgehoben. Den Vereinen ist die Freiheit der Betätigung im bisherigen Umfange zurückgegeben. Nähere Anweisungen der Reichsleitung der beiden Verbände erfolgen in kürzester Frist.

### Und Brünig?

Ein Nachrichtenbüro will wissen, daß Dr. Brünig die Absicht habe, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Dazu ist zu sagen, daß diese Meldung zu positiver Form hat. Tugend eine feststehende Absicht liegt bei Herrn Dr. Brünig noch nicht vor.

Man kann um Brünigs Willen nur wünschen, daß er sich einstweilen zurückzieht. Es fehlte noch, daß er sich unter dieser Regierung politisch „betätigt“.

### Wieder einer

Infolge von Mißhandlungen gestorben

Der bekannte Rürberger Rechtsanwalt Dr. Rosenfelder, einer der bedeutendsten Strafrechtsverteidiger Deutschlands, ist infolge der rücksichtslosen SA-Behandlung gestorben. Rosenfelder wurde in den Zeiten der Schnellgerichte von Sozialisten und Kommunisten bevorzugt und fast in ganz Deutschland in Anspruch genommen. Der Obernazi Streicher und sein Ablass Holz haben Rosenfelder schon lange vor dem März 1933 in vielen Artikeln ihres berühmten „Stürmer“, den Kartentod angekündigt. Die Todesnachricht dieses überzeugten Vertreter eines ungebeugten Rechtsgedankens, dem nun die längst prophezeiten Segnungen „Dachau“ zuteil wurden, wird in allen Kreisen aufrichter Menschen weit über die Parteigrenzen hinaus tiefe Erschütterung auslösen.

## Dänemark beunruhigt

Nicht Abrüstung, sondern verschärfter Grenzschutz

Der Kopenhagener „Sozialdemokraten“ bringt einen Artikel des Oberstleutnant E. Holten-Nielsen unter dem Titel „Der Friedenswille Deutschlands“. Oberstleutnant Holten-Nielsen ist Mitarbeiter des „Sozialdemokraten“ in militärischen und ähnlichen Fragen. Sein Artikel enthält Gedankenansätze, die in einem gewissen Maße in der dänischen Sozialdemokratie verbreitet sind. Es heißt darin:

Der Ministerpräsident hat nun das Landesverteidigungsministerium übernommen. Es hätte angesichts der gegenwärtigen beunruhigenden Lage in keine besseren Hände gelegt werden können. Seine Aufgabe wird nicht leicht sein, denn obwohl die Sozialdemokratie grundsätzlich für die Abrüstung ist, kann niemand, der mit offenen Augen die Welt sieht, sich darüber hinwegtäuschen, daß gegenwärtig eine Abrüstung Dänemarks nicht vertretbar ist. Andererseits ist es wichtig, den Venten mit leicht entflammbarer Phantasie Schranken zu legen, mit leicht entflammbarer Phantasie Schranken am Eingang in die baltische See träumen.

Die Meinung der Führer unserer Flotte in dieser Hinsicht ist klar. Eine entsprechende Klarheit über unsere Armee ist leider gegenwärtig bei den Führern unserer Armee nicht vorhanden.

Es wird nun die Aufgabe Stannings als Minister der

Landesverteidigung sein, das Decretgesetz von 1902 innerhalb seines finanziellen Rahmens für die von den Südländern gewünschte Grenzicherung so auszunutzen, daß diese ihre tägliche Arbeit verrichten können, ohne kleinere Invasionen irregulärer militärischer Organisationen vom Süden der Grenze her fürchten zu müssen.

Es ist ferner zu hoffen, daß Stanning das Decretgesetz benutzen wird, um die Heimstätten und die Zivilbevölkerung gegen ausländische Flugzeuge zu verteidigen, die die Bevölkerung überall zu terrorisieren vermöchten.

### Metternich wacht

Hakenkreuzblätter getarnt nach Oesterreich geschmuggelt

Die in Oesterreich verbotenen „Münchener Neuesten Nachrichten“ wurden mit einem neuen Kopf als „Münchener Telegramm-Zeitung“ nach Oesterreich geschickt und geschmuggelt. Die österreichische Polizei, die über alle Wandlungen der Zeit hinweg die alten Metternichschen Traditionen gepflegt hat, bemerkte den Schwindel und kündigt an, es werde keine Rogzeitung nach Oesterreich hereinkommen.



# Pfund-Dollar-Sowjetrußland

## Die wachsende Krise des Weltkapitalismus

### Kampf um die Währung

Die Konferenz scheitert an der Währungsfrage. Die Staaten, die bei der Goldwährung geblieben sind, haben erklärt: keine Vereinbarungen über den Abbau von Zöllen und Einfuhrverboten ohne Stabilisierung des Dollars und des Pfund Sterling! England hat hinzugefügt: wir sind bereit, das Pfund Sterling zu stabilisieren, wenn auch der Dollar stabilisiert wird. Der Präsident Roosevelt aber hat die Stabilisierung des Dollars abgelehnt. Aus drei Gründen: er will erstens den Wert des Dollars senken, um die überschuldeten amerikanischen Landwirte zu entlasten. Er will zweitens durch eine Politik der Inflation die Krise der amerikanischen Industrie bekämpfen. Er will drittens den amerikanischen Außenhandel dadurch stärken, daß er den Dollarkurs so lange senken will, bis das alte Verhältnis zwischen dem Dollar und dem Pfund, wie es vor der Entwertung des Pfund Sterlings bestand hat, wiederhergestellt wird. Auf Roosevelts Ablehnung antwortet England: Senkt ihr den Dollar noch weiter, dann werden wir auch den Kurs des Pfund Sterlings noch weiter herunterdrücken. Denn wir wollen den Vorteil nicht entbehren, den unser Außenhandel daraus zieht, daß das Pfund im Verhältnis zum Dollar entwertet ist. So droht ein erbitterter Kampf zwischen dem Pfund und dem Dollar — ein Kampf darum, welche der beiden Währungen tiefer heruntergedrückt wird, ein Wettbewerb in der Entwertung! Die Goldländer, Frankreich an der Spitze, erklären dazu: eine solche Entwertung der Währungen der mit uns konkurrierenden Länder können wir nur mit der Erhöhung von Zöllen, Einfuhrverboten, Exportprämien beantworten — also kann von einem Abbau der Handelsbeschränkungen keine Rede sein! So drohen alle Beratungen der Konferenz an dem Kampfe zwischen Pfund und Dollar zu scheitern.

### Der Weisheit Ende

So scheint der letzte Versuch, die zerschlagene Weltwirtschaft des Kapitalismus zu retten, nur mit einer Verschärfung der Weltwirtschaftskrise zu enden. Denn ein Wettbewerb Englands und der Vereinigten Staaten in

der Entwertung ihres Geldes würde unzweifelhaft bedeuten: weiteren Druck auf die Goldpreise der Rohstoffe, daher Verschärfung der internationalen Agrarkrise; weitere Verschärfung der Konkurrenzkämpfe auf dem Weltmarkt, daher immer höhere Zölle und immer durchgreifendere Einfuhrbeschränkungen, also geradezu den Zerfall der Weltwirtschaft; weitere Verschärfung der Gegensätze zwischen den europäischen Staaten und Amerika, daher Unlösbarkeit des Problems der politischen Schulden! All das aber bedeutet: weitere Verschärfung der Weltwirtschaftskrise und des Massenelends! Das ist das letzte Wort der Weisheit von fünfundsiebzig kapitalistischen Regierungen!

### Rußlands Erfolg

Es klingt wie ein Witz und ist doch buchstäblich wahr, daß aus der Londoner Konferenz, die die Weltkrise des Kapitalismus überwinden sollte, nur ein einziger Staat mit greifbarem Erfolg nach Hause kommen wird und dieser Staat — Sowjetrußland ist! Litwinow hat die Londoner Beratungen sehr geschickt ausgeführt. Er bringt aus London drei wesentliche Erfolge für die Sowjetrepublik nach Hause. Erstens hat er sich in London mit der englischen Regierung über die Beendigung des Handelskrieges zwischen England und Sowjetrußland verständigt. Rußland hat die beiden in Moskau wegen Sabotage verurteilten englischen Ingenieure freigegeben; dafür hat England das Einfuhrverbot für russische Waren aufgehoben und Verhandlungen mit Rußland über einen neuen Handelsvertrag eingeleitet. Zweitens hat Litwinow in London die Verhandlungen mit Polen und der Kleinen Entente über den Ausbau der Nichtangriffspakte im Osten ein wesentliches Stück vorwärtsgebracht. Im Osten entsteht da ein neues, Sowjetrußland auf der einen, Polen und die Kleine Entente auf der anderen Seite umfassendes Vertragssystem, das den französisch-russischen Nichtangriffspakt sehr wertvoll ergänzt; Rußland für absehbare Zeit den Frieden an seiner Westgrenze sichert und ihm dadurch Zeit gibt, seine großen inneren wirtschaftlichen Schwierigkeiten allmählich zu überwinden. Drittens hat Litwinow in London einen für die russische Rohölproduktion sehr wichtigen Vollerlieferungsvertrag mit einer englisch-kontinentalen Kapitalistengruppe abge-

schlossen. Zu diesem dreifachen praktischen Erfolg der russischen Politik in London dürfte aber noch ein weiterer kommen, der dort gleichfalls vorbereitet worden ist. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Sowjetregierung dank den Londoner Verhandlungen ihre förmliche politische Anerkennung durch die Vereinigten Staaten von Amerika erreichen wird, was die Voraussetzung für eine Verdichtung der russisch-amerikanischen Handels- und Kreditbeziehungen wäre.

### Karl Marx lebt

Seit dem Siege des Faschismus in Deutschland glauben die Spießbürger aller Länder den Marxismus besiegt. Ist er es wirklich? Auf der einen Seite erweist sich der Weltkapitalismus abermals außerstande, seine eigenen Probleme zu lösen, — seine Betriebe wieder in Gang zu setzen, seine Lohnsklaven wieder zu beschäftigen, seine Profite wieder herzustellen, das Leben unter seiner Herrschaft den Völkern erträglich zu machen. Auf der anderen Seite aber zieht aus den Interessengegensätzen zwischen den kapitalistischen Mächten, an denen alle Versuche gemeinsamer Tat zur Überwindung der Weltkrise scheitern, der einzige Staat Nutzen, in dem, wie fern er immer noch von dem Ziel einer wirklich sozialistischen Gesellschaftsordnung auch ist, doch die Kapitalisten und die Grundherren enteignet sind, die Produktionsstätten nicht mehr Kapitalisten gehören, sondern dem Staat, und in unerhörtem Ringen der Versuch unternommen wird, auf einem Sechstel der Erdoberfläche an die Stelle kapitalistischer Anarchie sozialistische Planwirtschaft zu setzen. Gewiß, wenn der Kapitalismus wirtschaftlich unhaltbar geworden ist, so mag brutale Gewalt ihm trotzdem noch seine Lebensfrist verlängern. Gewiß, wenn die Sowjetunion ihre Positionen nach außen stärkt, so ringt sie doch im Innern noch mit ungeheuren, gefahrenschwangeren wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Und dennoch ist es eine eindrucksvolle Tatsache, daß aus diesem Zusammenbruch der Weltwirtschaftskonferenz, die die Weltkrise des Kapitalismus überwinden sollte, nur das rote Rußland allein Erfolge heimbringt. Sieht das Weltereignis dieses Ausganges der Londoner Konferenz wirklich danach aus, daß man sagen dürfte, der Marxismus sei besiegt?

# Abschied von London

Gescheitert am Widerstand der Goldstandard-Länder und an den Isolierungsarbeiten Amerikas

Die Vertagung der Londoner Konferenz ist die schlimmste Sache. Niemand kann heute sagen, wann und ob sie wieder aufgenommen wird. Sie ist gescheitert an den Interessengegensätzen der hochkapitalistischen Länder, was nicht ausschließt, daß jedes von ihnen den anderen die Schuld gibt. Die „Londoner Financial News“ schreibt, wahrscheinlich werde keiner der Hauptdelegierten in London bleiben und ganz neue Verhandlungen über Hauptfragen seien nicht mehr zu erwarten. Die einzige Rechtfertigung für die Fortsetzung der Konferenz sei möglicherweise, daß die Anwesenheit von sachverständigen Vertretern zahlreicher Nationen in einer Stadt zur Ausarbeitung vorteilhafter Handelsvereinbarungen zwischen zwei und mehr Staaten führen könnte.

Regelmäßige Gedanken ähneln „Times“ in einem Leitartikel, der durch seinen laienhaften Ton gegen die Goldstandardländer bemerkenswert ist. Das Blatt sagt, die künftigen Erörterungen würden vielleicht besser zwischen Gruppen von Ländern geführt werden, die wegen ihrer geographischen Lage oder ihrer Handelsinteressen durch natürliche Bedingungen aufeinander angewiesen seien. Als Beispiel solcher Gruppen nennt das Blatt die großen Weizenanbauländer, die jedoch eine zeitweilige Vereinbarung erreicht haben und die Mitglieder des Britischen Reiches, deren Interessen immer einheitlicher würden. Wenn die Goldländer absteils bleiben wollten, so werde dies für die anderen Länder keineswegs bedeuten, daß sie die Hände in den Schößen legen. Die gemeinsamen Interessen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, der Mitglieder des britischen Reiches

einschließlich Indiens, Japans und der skandinavischen Länder machten mehr als das Doppelte der Interessen sämtlicher Goldstandardländer aus. Die Erörterungen in den verschiedenen Kommissionen und Ausschüssen der Konferenz hätten sogar den Eindruck erweckt, daß die Länder, deren Währung nicht mehr an Gold gebunden ist, leichter zu einer Verständigung kommen dürften, wenn sie unter sich blieben. Freilich handele es sich bei solcher Teilverständigung natürlich nur um die zweitbeste Lösung.

### Neue Instruktionen Roosevelts

„Höhere Preise!“

Newport, 7. Juli. Präsident Roosevelt hat der amerikanischen Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz neue Instruktionen übermitteln lassen. Nach Informationen der „Newport Herald Tribune“ soll Präsident Roosevelt die Delegation inkindig gebeten haben, sich in London für die Annahme eines internationalen Programmes zur Erhöhung des Preisniveaus auf dem Weltmarkt einzusetzen, ein Programm, das den Plan Roosevelts über den Wiederaufbau der amerikanischen Wirtschaft zur Richtschnur hat.

In offiziellen Kreisen indessen gibt man zu, daß eine internationale Aktion wohl kaum möglich sei, solange Roosevelt sein Programm über eine Erhöhung des inneramerikanischen Preisniveaus unbeeindruckt durchzuführen gedenke.

suchen müssen und nicht in Gruppen zusammengehen dürfen.

Der Straßburger Sender war also wieder einmal besser unterrichtet als der deutsche Rundfunk.

### Schmälicher Erlaß

Der Kirchenfürst, der beide Augen zudrückt

Freiburg, 6. Juli. Erzbischof Dr. Grüber in Freiburg i. Br. hat an die Geistlichkeit seiner Diözese folgenden Erlaß gerichtet:

„Die Ausübung der Predigt und des Katechetischen Amtes stellt an die Seelsorger in Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben, erhöhte Anforderungen. Sie werden zwar auch jetzt die latholische Lehre in ihrer vollen Integrität vortragen, dabei aber diejenigen Wahrheiten besonders betonen, welche zur Erhaltung des Friedens und der Einigkeit, zur Stärkung der staatlichen Autorität und zur seelischen Aufrechterhaltung unseres Volkes geeignet sind. Im Interesse der Seelsorger selbst und der Kirche sehen wir uns weiter zu der Mahnung und Weisung veranlaßt, in Predigt, Christenlehre und Religionsunterricht sowie in der Vereins-, tätigkeit und privaten Aussprache alles zu vermeiden, was als Kritik der leitenden Persönlichkeiten des Staates oder der Gemeinde oder der von ihnen vertretenen staatspolitischen Anschauungen angesehen werden könnte. Das heißt also, die Kirche schweigt zu allem, was an Schändlichkeit im Dritten Reich geschieht. Das sind die Nachsaher dessen, der am Kreuze für seine Predigt litt und starb.“

### Jüdische Jugend

Jüdische Blauhemden organisieren den Boykott deutscher Waren

London, 5. Juli (Anprek.) Jüdische Jugendorganisationen, die sich selbst Blauhemden nennen, organisieren eine große Kampagne zum Boykott deutscher Waren. Blauhemden durchheilen die Stadt, suchen die Geschäfte auf, klären die Kaufleute über Hitlers mittelalterliche und barbarische Verkaufsmethoden auf, verteilen Flugblätter und bereiten eine Petition mit einer Million Unterschriften als Protest gegen die deutschen Judenverfolgungen vor.

Die jüdischen Jugendorganisationen sind mit der bisher zurückhaltenden Taktik der großen englischen jüdischen Organisationen Deutschland gegenüber unzufrieden und fordern schärfere Maßnahmen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Hitler über eine halbe Million Menschen ein virtuelles Todesurteil ausgesprochen habe. Unter diesen Umständen sei Zurückhaltung nur schädlich.

### Der Hunger wächst

Sinken des Fleischverbrauchs

Das Preussische Statistische Landesamt gibt folgendes bekannt:

Die Zahl der Schlachtungen ist nach den Mitteilungen des Preussischen Statistischen Landesamts bei allen Vieharten zurückgegangen. Der Fleischverbrauch an Schlachttieren ist im ersten Vierteljahr 1933 um 3,5% kleiner als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auch die Fleischzufuhr und die Grenzschlachtungen haben sich verringert. Statt 13,98 Kilogramm im ersten Vierteljahr 1932 entfallen im ersten Vierteljahr 1933 auf den Kopf der Bevölkerung nur 13,38 Kilogramm Fleisch. Das bedeutet eine Abnahme um 4%, die im wesentlichen durch die allgemeine Kaufkraftschwächung verursacht sein dürfte.

Die sich aus den hohen Viehbeständen ergibt — der Rindviehbestand ist nach der letzten Zählung rund 1% größer als ein Jahr vorher, rund 15% größer als zwei Jahre früher, der Bestand an Schlachtschweinen hat sich seit Jahren bis in die jüngste Zeit vermehrt —, wäre die Landwirtschaft in der Lage, einen weit größeren Bedarf zu befriedigen.

### Verhaftet die Junker!

Krach in Pommern

In der Vorstandssitzung des pommerschen Landbundes verurteilten die Großgrundbesitzer gegen die Gleichhaltung und gegen den überwiegenden Einfluß von Nationalsozialisten Opposition zu machen und forderten die Widerwahl des alten, ihnen genehmen Vorstandes. Nach der verschleierten Darstellung des Reichslandbundes wurde durch dieses Verfahren der pommersche Landbund gesperrt. Die pommersche Gauleitung der Nationalsozialisten fordert die sofortige Verhaftung der pommerschen Großgrundbesitzer und die entschädigungslose Enteignung ihrer Ländereien. Das preussische Innenministerium läßt die pommersche Parteiorganisation beschwichtigen, der Propagandaminister Göbbels sie durch Spezialmaßnahme zu noch radikaleren Forderungen aufzuspüren versucht.

### Berlin streitet ab

Durch die Presse, übrigens auch im Dritten Reich, ging dieser Tage die Meldung, irgendein Sonderkommissar von Merseburg habe verboten, daß mehr als drei Personen zusammenstehen. Der Straßburger Sender übernahm diese Meldung. Darauf haben die deutschen Sender erwidert, die Nachricht sei falsch. Erstens gebe es keinen Sonderkommissar, und zweitens sei nirgendwo in Deutschland das Zusammenstehen von Personengruppen verboten.

Da der deutsche Rundfunk grundsätzlich niemals lügt, befindet er sich in einem bedauerlichen Irrtum. Wieviel Sonderkommissare es in Deutschland gibt, kann er natürlich ebensowenig wissen wie wir. Solche Sonderkommissare werden von der SA ernannt und manche ernennen sich wohl auch selbst.

Wir empfehlen dem deutschen Rundfunk, sich beispielsweise in Ludwigsbafen, Kaiserlautern und Pirmasens zu erkundigen. Dort ist verboten, daß sich, wie das in Arbeiterkassen bisher allgemein üblich war, Gruppen zu gemeinsamer Unterhaltung an den Straßenecken zum gemeinsamen Rauchen bilden. Ausdrücklich wird dieses Verbot mit der Mahnung vor Marxismus begründet, die solche kleinen Ansammlungen zur Agitation benötigten. Wiederholt sind besondere Streifen der Polizei und der Hilfspolizei gegen solche „Gefahrenherde“ unternommen worden. Dabei wurde auch nach verbotenem Zeitungen gesucht. In mehreren Orten der Pfalz ist polizeilich angeordnet, daß die Arbeitslosen nach dem Stempeln sofort ihre Wohnung auf-

# Marxismus beseitigt Arbeitslosigkeit

## Wie Schwedens Arbeiterregierung Arbeit schafft

(N. F.) Aus einem Gespräch mit Gustav Möller, dem schwedischen Sozialminister, mit einem Vertreter der Wiener „Arbeiter-Zeitung“:

Für die schwedische Arbeiterregierung war es vom ersten Tag ihrer Regierungstätigkeit an klar, daß ihre vornehmste Aufgabe die Bekämpfung der Not der arbeitenden Klassen in Schweden sein müsse.

Als die Regierung das Arbeitsbeschaffungsprogramm aufstellte, mußte sie für das folgende Jahr mit durchschnittlich 150 000 Arbeitslosen rechnen. Das Problem war also: Wie kann man die Möglichkeit schaffen, diesen Menschen wieder Arbeit zu bringen?

### Arbeit für alle Arbeitslosen!

Das Programm wurde nun so errechnet, daß für die Summen, die die Regierung bereitstellt, 100 000 Arbeiter neu eingestellt werden. Der englische Nationalökonom Keynes sagt, daß für je zwei beschäftigte Arbeiter noch ein Mann zu rechnen ist, der durch die gehobene Kaufkraft dieser beiden Arbeit findet. Demnach ist es sicher, daß mit den Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogramms tatsächlich beinahe die ganze Arbeitslosigkeit in Schweden behoben werden kann. Freilich darf nicht vergessen werden, daß Vorbereitung und Durchführung des Programms einige Zeit in Anspruch nehmen und sich dabei die ersten Wirkungen erst im September dieses Jahres zeigen werden.

Es ist selbstverständlich, daß in dem Programm Weg- und Straßbau, Brücken- und Tiefbau eine große Rolle spielen. Es begnügt sich aber keineswegs mit „Sandkarran“. Im Gegenteil, ein wesentliches Merkmal des Programms ist seine Vielseitigkeit in allen Formen der Arbeitsbeschaffung. Es gewährt den Gemeinden Beiträge von erheblicher Höhe, die den kleinen Industrieorten, die ja von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen werden, eine außerordentliche Hilfe sind. Bei der starken Zentralisation der schwedischen Industrie bedeutet dies geradezu eine Sanierung der Industriebezirke. Ganz beträchtliche Beträge werden der Verbesserung der ländlichen Wohnverhältnisse der Kleinbauern und der Landarbeiter dienen. Selbstverständlich spielt auch in den Städten das Bauprogramm die allergrößte Rolle. Bauen ist nicht eine Privatangelegenheit, sondern eine Angelegenheit der Gesellschaft. In Schweden steht im Vordergrund der Wohnbautätigkeit vor allem die Bauleistung der Genossenschaften; diese Bautätigkeit zu fördern, betrachtet die Regierung als ihre besondere Pflicht. Sie hat übrigens die feste Absicht, wenn irgend möglich, dem nächsten Reichstag ein neues Programm vorzulegen. Das nächste Jahr soll ein Jahr der allgemeinen Sanierung sein, und gute Wohnungen sind das beste Fundament einer gesunden Wirtschaft.

### Kein Lohndruck!

In der Diskussion, die sich in der Öffentlichkeit und

im Reichstag um das Programm entspann, spielte natürlich die Frage der Arbeitslöhne eine große Rolle. Es war ja stets der bürgerlichen Weisheit letzter Schluß, der Krise mit Lohnsenkungen begegnen zu wollen und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm mit einem Lohnsenkungsprogramm zu verbinden. Nach zwei Seiten hin hat die Arbeiterschaft hier einen großen realen und moralischen Erfolg zu verzeichnen. Lohnsenkungen wurden reflexlos verhindert. Etwas mehr als die Hälfte der bereitgestellten Summen wird für Arbeiten verwendet, die den Bedingungen des offenen Arbeitsmarktes unterliegen, also unter dem Einfluß der sehr starken schwedischen Gewerkschaften stehen. Aber auch jene Lohnsummen, die nicht dem freien Arbeitsmarkt zugeführt werden, können die Löhne nicht drücken. Denn es ist vorgesehen, daß für diese Arbeiten, vor allem Notstandsarbeiten, die allgemeinen Hilfsarbeiterlöhne gelten. Um vorzubeugen, daß etwa nur schon beschäftigte Arbeitskräfte ausgenutzt werden, hat die Regierung bindende Vorschriften für die Industrie erlassen, die die Einstellung neuer Arbeiter unbedingt erzwingen.

Die Finanzierung eines solchen Programms bedeutete naturgemäß einige Schwierigkeiten. Die Regierung konnte eine Summe von 180 Millionen Kronen nicht einfach aus Steuergeldern nehmen. Sie mußte 150 Millionen Kredite aufnehmen. Aber diese Kredite sind kurzfristig und eine neue Erbschaftsteuer verbürgt die Amortisierung von 125 Millionen innerhalb von fünf Jahren.

## Die Agrarkrise

### Neue Wege der dänischen Agrarpolitik

Am 1. Juni wird die dänische Landwirtschaftskommission als Planwirtschaftskörper für eine Neuverteilung der landwirtschaftlichen Produktion in Dänemark tätig sein. In dieser Session wird sich die Kommission mit Butter, Fleisch und der Schweinezucht beschäftigen. Die Kommission besteht aus 21 Mitgliedern, darunter 8 Mitglieder aus jeder der großen politischen Parteien, Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen und des Ministeriums für Landwirtschaft sowie aus wirtschaftlichen Sachverständigen. Es ist möglich, daß die Tagung der Kommission erst Ende Juli beendigt werden wird. In diesem Fall wird die Kommission auch die Frage der Verschuldung in der Landwirtschaft behandeln.

Der sozialdemokratische Minister für Landwirtschaft, Bording, hat in der letzten Session des dänischen Unterhauses 20 Vorlagen durchgebracht, die sich mit den verschiedenen Problemen der Landwirtschaftskrise beschäftigen, die nun auch Dänemark erfasst hat. Damit ist es gelungen, das gesamte Regierungsprogramm auf diesem Gebiet zu verwirklichen. Die Vorlagen beschäftigen sich mit der Frage der Meliorationen, der Verschuldung, Neuaufteilung des Bodens, einer gleitenden Skala für die Entrichtung der Steuern auf Grund der Preisbewegung, mit der Unterstützung der Siedlungsbewegung für Arbeitslose, der Kontrolle des landwirtschaftlichen Exports und der Schweinezucht.

## Geld wie Neu

### Zur Finanzierung ausländischer Nationalsozialisten

Bukarest, 6. Juli. In den hiesigen politischen Kreisen erregen die Enthaltungen des stellvertretenden Innenministers, Petre Aurel, über die Finanzierung der rumänischen faschistischen Gruppierungen großes Aufsehen. Andrei beschuldigt öffentlich die rumänische faschistische „Eiserne Garde“, die „Antifaschistische Liga“, die „Christlich-nationale Abwehr“ sowie andere rechte Organisationen, daß sie mit der deutschen Regierung in enger Fühlung stünden und von ihr große Subventionen erhielten. In Bessarabien erschienen in der letzten Zeit deutsche Agenten, die unter Leitung des ehemaligen Senators Tatarescu eine demagogische Agitation besonders unter den deutschen Kolonisten entfalteten. In Bessarabien wurden vor einigen Tagen nachts nationalsozialistische Aufrufe in rumänischer und deutscher Sprache angeschlagen. In der Stadt und im Kreis Akerm wurden bei den Deutschen große Mengen nationalsozialistischer Agitationsliteratur gefunden. Mehrere Nachrichten kommen auch aus anderen bessarabischen Bezirken. Die bessarabische Zeitung „Bessarabische Slovo“ verweist darauf, daß in Kischinow die dort erscheinenden nationalsozialistischen Zeitungen „Westkessene“ und „Bessarawitski Telegramm“ vom Kischinower deutschen Vizekonsulat subventioniert werden.

## Schimpfbold verurteilt

### In Oesterreich

Obernberg, 4. Juli. In Obernberg an der Salzach, gegenüber dem bayerischen Jagdhaus Kaufen, hat der bayerische Beamte Karl Wollschütz vor kurzem nach einer sehr lebhaften politischen Auseinandersetzung im Gemeindegasthaus in wüster Weise über Oesterreich und die österreichische Regierung und insbesondere über den Bundeskanzler geschimpft. Der bayerische Beamte und Schimpfbold wurde von der Gendarmenriebe noch festgenommen, bevor er über den Grenzfluß kam. Er wurde im Verwaltungsstrafverfahren zu einer Woche Arrest verurteilt, muß die Strafe sofort abtun und wird dann über die Grenze (Salzach) abgeschoben.

## Der anstößige Titel

### Ein edler Generalmusikdirektor

Der Generalmusikdirektor Reichwein, ein im Industriegebiet bekannter mittelmaßiger Kapellmeister, hat im Einvernehmen mit der Parteileitung der dortigen Nazis seinen pomphaften Titel abgelegt und bekanntgegeben, daß er sich fortan nur noch städtischer Kapellmeister nenne. Diese Geste der Bescheidenheit ist in dem stark radikalisierten Gebiet notwendig geworden, da immer wieder die Frage gestellt wurde, wie hoch wohl das Gehalt eines Generalmusikdirektors sei. Ueber diese Frage hat auch der Herr Kapellmeister nichts zu sagen beliebt.

## Wieder Revolution in Siam

Von Dr. Tang Yeang Li

Der Monat Juli scheint für das Land der weißen Elefanten, Siam, der Monat der Revolutionen werden zu wollen. Nachdem im Juni vergangenen Jahres ein unblutiger Militärputsch des General Phya Bahol die unbeschränkte Monarchie des Königs von Siam beseitigt hatte, wurde nunmehr vor wenigen Tagen der im April erfolgte Versuch des stamessischen Hofes, die Errungenschaften der Revolution wieder zurückzuschrauben, durch eine neue militärische Revolte korrigiert und die politische Macht bis auf weiteres in die Hände der Armee gelegt. Wie im vergangenen Jahr war auch diesmal König Prajadhipot in seiner Sommerresidenz, dem Seebad Hua Hin, und wurde durch sein Offizierskorps vor vollendete Tatsachen gestellt. Phya Bahol

Der gegenwärtige Machthaber über Siam ist dessen militärischer Führer, der Generalkapitän, dessen voller Name folgendermaßen lautet: Phya Bahol Solabandha. General Bahol hat in der letzten Woche seinen Rücktritt als Oberkommandierender und Generalkapitän der stamessischen Armee erklärt, da er die Bestrebungen der stamessischen Opposition, die haardrechtlichen Ergebnisse des Umsturzes vom vergangenen Jahr, dessen Urheber Bahol bekanntlich war, zu annullieren, nicht mehr decken zu können glaubte. Im April dieses Jahres hatte ein Dekret des Königs den Ausnahmezustand über Siam erklärt, die Verfassung außer Kraft gesetzt und die Wahl einer Nationalversammlung in Aussicht gestellt. Anstatt der bisher durch die letzte Junirevolution eingeführten verfassungsmäßigen Organe, wurde vom König ein sogenannter „Staatsrat“ gebildet und dem Großwürdenträger Phya Kanoparatoo unterstellt.

Während die Armee zunächst mit Gewehr bei Fuß diesem trockenen Staatsstreich zusah, hielt deren Führer es nun für an der Zeit, dem Präsidenten des Staatsrats mit seinen beiden Ministern zu verhaften und zum Rücktritt zu zwingen.

Phya Bahol, der im vergangenen Jahr zusammen mit seinen beiden kommandierenden Generalen Phya Sana Suradej und Phya Niddi die Junirevolte der Armee geleitet hatte, ist also augenblicklich der Herr über die Kanonen und Patronen des stamessischen Reiches und damit der Besitzer der öffentlichen Gewalt.

### Die Armee

Es hat sich in den letzten Jahren in Siam ähnlich wie in Japan eine Bewegung aus der Armee herausentwickelt, deren Ziel die Mitbestimmung des Offizierskorps an dem politischen, ökonomischen und sozialen Schicksal des Landes

ist. Während der Glanz des Mikado in Japan und des Königs in Siam immer mehr erlischt, hat sich hier wie dort, in Japan unter General Koki, in Siam unter General Bahol eine Gruppe von jungen Offizieren gebildet, die energetisch die politische Mitbestimmung verlangt. Vor allem sind es in Siam die jungen Kadetten und Offizierskader, die ihren Lehrern, den auf europäischen Akademien ausgebildeten, besonders intelligenten Offizieren, Gefolgschaft leisten.

Die Armee hat in Siam schon immer eine sehr große Rolle gespielt. Sie hat seit Jahrzehnten jährlich etwa 150 Millionen Markt verschlungen, eine ungeheure Belastung für den recht schmalen Staatskassensack des asiatischen Königreichs. Während die Anlimassen am lachen Land von Reis- und Rauschbrennerei schlecht und recht leben und nur wenig mit der europäischen Kultur in Verbindung kamen, haben die stamessischen Könige schon sehr früh ihre Offiziere zur technischen und wissenschaftlichen Schulung nach Europa geschickt.

König Chulalongkorn, der Vater des heutigen Herrschers, war ein ziemlich aufgeklärter Monarch, der sein Land nach Möglichkeit der europäischen Zivilisation zu erschließen versuchte. Er war seinerzeit der Gast Bismarcks in Friedrichsruh und hatte händig einige junge Offiziere zur Ausbildung auf der preussischen Kadettenanstalt von Lichterfelde und am Generalkas in Berlin. Gerade diese Maßnahme hat sich zweifellos bitter gerächt, denn der geistige Motor der heutigen Revolution in Siam ist zweifellos die von wenigen in Europa gedienten Instruktooren geschulte Kadettenanstalt.

### Der König

Ob es König Prajadhipot noch gelingen wird, den Weg zurück zu einer Konstitution und zu einer organischen Reform seines Staatsapparates zu finden, ist im Augenblick recht zweifelhaft. Der König selbst ist ein erst 34-jähriger junger Mann, der in Oxford studiert und sich gewisse Kenntnisse auf anderen europäischen Universitäten verschafft hat. Ob er allerdings in der Lage ist, den Zusammenstoß der militärischen und politischen Hoffamarien mit dem augenblicklichen Militärdiktator Phya Bahol durch seine Autorität aufzuhalten, erscheint immerhin höchst zweifelhaft.

Auch im letzten Juni kehrte König Prajadhipot nach erfolgtem Militärputsch im Sonderzug aus seiner Sommerresidenz nach Bangkok zurück. Damals wurde das geistige Haupt der reaktionären Offiziers- und Diplomatengruppe um den König, Prinz Paribatra, zusammen mit 40 anderen Prinzen und Offizieren verhaftet und von Kadetten erschossen abgeführt. Dem König blieb nichts anderes übrig, als sich Phya Bahol und seinen schwerbewaffneten Begleitern der „Peoples Party“ zu fügen und die von ihnen verlangte Verfassung anzunehmen.

Von diesem Tage an aber fehlte die Gegenaktion des Prinzen Paribatra ein, dessen Sohn Chumpon den Teil des Offizierskorps zu führen scheint, der der königlichen Familie angehört oder ihr nahesteht und der Ruheher aller wichtigen und ausbezahlten Posten in der Armee und in der Diplomatie ist.

Während in der sogenannten „Ironsalle“ der parlamentarische Kampf zwischen den Konservativen und den Liberalen hin und her wogte, organisierte die revolutionäre Peoples Party in der Armee und im Volk weiter den Gegenstoß gegen die Aprilverordnung des Königs.

### Reis und Rauschbrennerei

Selbstverständlich sind die tieferen Hintergründe auch dieser neuen stamessischen Revolution ökonomischer Art und gehen auf die Weltwirtschaftskrise und auf die Finanznot des stamessischen Staates zurück. Ohne Geldforgen und Geldnoten konnte der Vater des heutigen Königs von seinem zinnengekrönten Palast in Bangkok aus sein Volk regieren, das am Reisbau gut verdient und mit einem Hauptteil an der Welterzeugung des Rauschbrenns zu verfrachten war. Durch die Preisgestaltung auf dem Weltmarkt drang die Katastrophe der Weltkrise in die letzte Palmblatt-Hütte in die stamessischen Dschungeln und drückte die Lebenshaltung der Kulis an die Grenze des Existenzminimums herab. Ja selbst die hohen Offiziere bekamen den Finanzdruck von oben zu spüren. Vor etwa zwei Jahren mußte der Finanzminister die Staatsausgaben, die damals etwa 107 Millionen Taka betragen, um etwa 25 Millionen verkürzen. Es war notwendig durch Dekret des Königs die Beamtenchaft und vor allem das ausgeschwemmte Offizierskorps zu verkürzen, eine Maßnahme, die zweifellos wesentlich mit zur Revolutionierung der Armee beitrug.

Das drang mit der Not der Zeit das chinesische Element aus dem Süden des Reichs der Mitte, der seit Jahren besonders revolutionär sich entwickelt hat, nach Siam ein. Die Kaufleute, die Handwerker, die Techniker, sie sind fast alle Chinesen und haben ihre Staatsidee und ihre kommunistische Propagandaschriften mit über die Grenze gebracht. Sie fragen den stamessischen Kuli vergebens, wozu der König eine Triviale von 50 Millionen Markt und eine Armee von 150 Millionen braucht. So ist also in dieser letzten absoluten Monarchie das Staatsvolk in Bewegung geraten. Die Revolution in Siam geht andere Wege als die in China oder in Britisch-Indien. Sie hat auch nichts zu tun mit der halb-faschistischen Entwicklung, die sich in Japan auszubilden scheint. Sie wird zunächst geführt von der geistigen Spitze der Armee und wird zweifellos das halbmittelalterliche Gewand des asiatischen Staates abzustreifen verstehen.







